

Bern

Überraschung in Ostermündigen
Ehemaliger SP-Gemeinderat
Thomas Iten will Präsident werden. 20



Das überschätzte Sparpotenzial

Nach dem Abstimmungswochenende steht von bürgerlicher Seite die Forderung nach einem starken Personalabbau bei der kantonalen Verwaltung im Raum – doch mit dem Personal verschwinden nicht nur Kosten, sondern auch Leistungen.

Simon Wälti

«Aufgeblähter Staatsapparat», «ineffiziente Bürokratie», «ungebremstes Personalwachstum» – solche Schlagworte klingen süß in den Ohren vieler Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Und sie werden gerne von bürgerlichen Sparpolitikern geäussert, wenn wieder einmal eine Sparrunde angesagt ist. So wie jetzt gerade, nach den Abstimmungen vom Wochenende, bei denen die Bürgerinnen und Bürger ein klares Signal gegen höhere Steuern aussandten. SVP-Grossrat Thomas Fuchs sagte, der Kanton Bern könne 500 bis 1000 Stellen abbauen, ohne dass dies von den Bürgern wirklich bemerkt würde.

Starker Anstieg, viele Gründe

Ganz so einfach dürfte es wohl nicht werden, wie eine Zusammenstellung der kantonalen Finanzdirektion zeigt. Demnach stieg der Personalaufwand von 2002 bis 2011 von 2,7 Milliarden Franken auf 3,5 Milliarden. Die Zunahme um knapp 800 Millionen Franken in zehn Jahren klingt atemberaubend. Die Zahl der Vollzeitstellen in der Verwaltung stieg um 3458 auf 15 693 Stellen. Auch das klingt atemberaubend. Wie lautet die Erklärung der kantonalen Finanzdirektion dazu? «Wir haben in erster Linie neue Aufgaben übernommen», sagt Reto Burn, stellvertretender Generalsekretär der Finanzdirektion. «Es ist nicht so, dass wir mit mehr Stellen gleich viel Arbeit wie vorher erledigen würden, wir haben eher weniger Stellen für die früheren Aufgaben zur Verfügung.»

Als Beispiel nennt Burn die Steuerverwaltung. Hier gebe es 850 Stellen wie früher, als die Steuern noch im Zweijahresrhythmus veranlagt worden seien. Der Kanton befinde sich ausserdem «im Sandwich»: Der Bund delegiere Aufgaben an die Kantone, die Kantone übernehmen Aufgaben von den Gemeinden. Erschwerend komme hinzu, dass es sich dabei um «dynamische Aufgabenbereiche» handle. «Es geht um die Bereiche Gesundheit, Sozialausgaben, Bildung und Verkehr, wo es die grössten Wachstumsraten gibt», sagt Burn. Einige Beispiele für das Stellen- und Ausgabenwachstum der letzten zehn Jahre:

- In der Polizeidirektion stieg der Bestand um rund 1350 Vollzeitstellen, in erster Linie wegen der Integration der Stadtpolizeien Bern, Thun und Biel.
- Wegen der Justizreform und neuer bundesrechtlicher Vorgaben entstand ein Mehrbedarf von 120 Stellen.
- Durch die Kantonalisierung von Schulen in der Berner Fachhochschule stieg der Bestand um 640 Stellen. Bei der Universität nahm die Stellenzahl um 350 zu, dabei handelt es sich vor allem um eine Folge steigender Studierendenzahlen.



● Kantonspersonal und Lehrkräfte erhielten im Zeitraum von 2002 bis 2011 Lohnerhöhungen von 13,6 Prozent. Davon entfielen 7,8 Prozent auf die Teuerung (effektive Teuerung 7,6 Prozent) und 5,8 Prozent auf den individuellen Lohnanstieg. Der Personalaufwand stieg um 200 Millionen Franken.

In den Tabellen der steuergünstigsten Kantone rangiert der Kanton Bern jeweils ganz hinten. Im interkantonalen Vergleich hat Bern aber keine ausufernde Verwaltung. Gemäss den durch das Bundesamt für Statistik zuletzt erhobenen Zahlen von 2008 liegt der Kanton Bern im Mittelfeld auf Platz 11. Auf tausend Einwohner zählt der Kanton 15 Vollzeitstellen. Genf dagegen, das die unrühmliche Spitzenposition innehat, kommt auf 44 Vollzeitstellen. «Man kann also nicht sagen, dass der Kanton Bern

eine aufgeblähte Verwaltung hat», sagt Reto Steiner, Professor am Kompetenzzentrum für Public Management an der Universität Bern. Am «effizientesten» arbeiten nach dieser Rangliste die Kantone Aargau (8,7 Stellen), Schwyz (9,6) und Zürich (9,7). Zur angesprochenen Grössenordnung von «500 bis 1000 Stellen» sagt Steiner: «Man kann in einer Organisation der Grösse des Kantons Bern in der zentralen Verwaltung in der Regel durchaus Stellen abbauen, aber wohl kaum in dieser Grössenordnung. Das geht nur mit einem Leistungsabbau.»

Sparziele nie ganz erreicht

An Sparprogrammen und Aufgabenüberprüfungen hat es dem Kanton in der Vergangenheit nicht gemangelt (siehe Artikel unten), übertriebene Erwartungen an solche Übungen sind aber

fehl am Platz. Aufgabenüberprüfungen seien in vielen Kantonen vorgenommen worden, erklärt Steiner. «Aber die Ziele wurden eigentlich nie im erhofften Ausmass erreicht, weil viele Sparvorhaben im politischen Prozess nicht umgesetzt wurden.» Anders als in der Privatwirtschaft brauche es politische Mehrheiten in einem sehr heterogenen, auf Wiederwahl bedachten Parlament. «Die politischen Vertreter wehren sich, wenn ihre Wahlkreise von unpopulären Sparmassnahmen betroffen sind.»

Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat befinde sich in der Verantwortung, Wege zur Sanierung aufzuzeigen. Es sei dabei erfolgsversprechender, eine «umfassende, einmalige Paketlösung anzustreben, bei der Kompromisse auf allen Seiten notwendig sind». Steiner rät von einer «mehrstufigen Salamtaktik» ab,

weil dies zu Ermüdungserscheinungen bei den Betroffenen führe.

Die Personalverbände BSPV und Lebe sind besorgt, dass bei den angestrebten Sparmassnahmen wiederum die Angestellten geschöpft werden. «Wir befürchten weitere Massnahmen auf Kosten der Angestellten», erklärt Anna Lehmann vom Bernischen Staatspersonalverband BSPV. Das Personal habe jedoch in der Vergangenheit bereits einen grossen Beitrag an die Sanierungspakete geleistet. In den letzten Jahren habe der Kanton Bern als Arbeitgeber zudem ständig an Attraktivität eingebüsst, was auch an der gestiegenen Fluktuationsrate ersichtlich sei. «Die Angestellten sind stärker unter Druck und erhalten weniger Leistungen.» Zudem drohten auch bei den kantonalen Pensionskassen Verschlechterungen.

Berns Finanzen in Bedrängnis

Noch will sich niemand beim Sparen die Finger verbrennen

Mit den zusätzlichen 100 Millionen, die der Kanton einsparen muss, gerät die jahrzehntelange Sparpolitik an ihre Grenzen. Wo das Geld zu holen ist, ist unklar.

Marcello Odermatt

Statt zwei Millionen Franken im Plus resultiert für das Budget 2013 ein Minus von 113 Millionen Franken. Das ist das Ergebnis der finanzpolitischen Entscheidung, die das bernische Volk am Wochenende getroffen hat. Damit müssen Regierungsrat und Grosser Rat in den nächsten Monaten ein Prozent des Staatshaushalts von 10 Milliarden einsparen. Verglichen mit den vorgängigen Sparpaketen handelt es sich laut Angaben der Finanzdirektion um einen gravierenden Betrag: nicht in erster Linie wegen der Höhe, sondern weil die neuen Sparmassnahmen bereits auf einem Budget beruhen, das in den letzten zwanzig Jahren jährlich saniert werden musste. Zwischen 1991 und 2008 wur-

den neun Sanierungspakete im Wert von rund 1,1 Milliarden Franken geschnürt. Zwischen 2009 und heute kamen fünf Entlastungsprogramme hinzu, ebenfalls im Wert von rund einer Milliarde. Grob vereinfacht läge daher der kantonale Haushalt heute ohne diese Sparbeschlüsse rund 20 Prozent über dem heutigen Niveau – bei rund 12 Milliarden Franken. Wie die Finanzdirektion berechnet, spart der Kanton summiert 2013 gar 830 Millionen ein, wenn auch Beschlüsse wie etwa nicht gewährte Lohnerhöhungen der letzten Jahre mitberücksichtigt werden. Mit diesen Zahlen wollte die Finanzverwaltung gestern deutlich machen, wie stark der Kanton finanzpolitisch in der Klemme steckt.

Fiko: Nicht unser Problem

Doch zurück zu den 100 Millionen. Denn diese gilt es nun zusätzlich einzusparen, sofern die Regierung ein ausgeglichenes Budget für 2013 vorlegen will, was sie gemäss einem Grossratsbeschluss eigentlich müsste. Weder der Regierungsrat noch die Parteien sprühten bisher allerdings vor sparpolitischer Kreativität.

Geht es nach Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP), ist nun sehr rasch auch die Finanzkommission (Fiko) des Grossen Rates bei der Erarbeitung von Lösungen für das bereits verabschiedete, nun aber nicht mehr aktuelle Budget gefragt.

Doch in der Fiko reagiert man ungehalten auf den Pass des Regierungsrats. «Es ist nicht Sache der Fiko, Sparvorschläge zu machen», sagt Fiko-Präsident Jürg Iseli (SVP). «Wir erwarten vielmehr, dass die Regierung in nützlicher Frist ihre Gedanken und Vorschläge vorlegt.» Ebenso sieht es Hans Rudolf Feller (FDP): «Es ist zu einfach, diese Aufgabe der Fiko zuzuschreiben.» Letztlich habe sich die Regierung ja selber ein Ei gelegt, als sie das Budget einfach ohne die nun vom Volk angenommenen Senkungen der Autosteuern zusammengestellt habe, findet Finanzpolitikerin Bethli Küng-Marmet (SVP). Im Übrigen habe die Fiko die Direktionen «gewarnt», so Küng: Vor zwei Wochen erst hat sich die Kommission bei allen Direktionen erkundigt, ob sie sich bei einer Annahme der Autosteuerentlastung Gedanken gemacht haben, wo sie einsparen könnten.

Konkrete Antworten haben die Parlamentarier allerdings nicht bekommen. «Jede Direktion hat uns nur versichert, dass sie sich schon Gedanken gemacht habe.» Nun warte man auf deren Vorschläge, so Küng.

Auch die SP hat Sparideen

Angesichts der drohenden Verteilungskämpfe tröpfeln allerdings gleichwohl langsam die ersten Sparideen ein (vgl. auch Text oben). Der freisinnige Grossrat Hans-Jörg Pfister, Fiko-Mitglied, schlägt etwa die Privatisierung des Staatsforstbetriebs vor. Auch beim Strassenunterhalt sieht er Handlungsspielraum: «Es ist nicht nötig, dass wir für Strassensanierungen Luxusvarianten brauchen.» Allenfalls könne auch der Winterdienst eingeschränkt werden.

Selbst auf linker Seite werden Sparideen gewälzt, obschon Grüne und SP in der Regel wenig Lust am Sparen haben und lieber die Einnahmen über Reichtumssteuern erhöhen möchten. Gleichwohl sieht SP-Präsident Roland Näf ein Sparpotenzial bei verwaltungstechnischen Massnahmen: Die unzähligen

Controllings innerhalb der Verwaltung und die zahlreichen externen Berater könnten zu einem grossen Teil eingespart werden. Näf rechnet mit einem Sparpotenzial von 100 bis 150 Millionen.

Allerdings sind diese Ideen kaum schlagartig mit Wirkung auf das Budget 2013 umsetzbar. Zudem dürften die Beiträge die angespannte Lage des Kantons kaum wesentlich verbessern. Es drohen in den nächsten Jahren also bereits wieder neue, noch höhere Defizite. Zudem müssen die Pensionskassen saniert werden. Für BDP-Grossrat Heinz Siegenthaler, ehemaliger Fiko-Präsident, ist es daher illusorisch, in so kurzer Zeit das Budget auszugleichen. Die Hälfte der 10 Milliarden seien gesetzlich vorgegebene, gebundene Ausgaben, an denen der Kanton nur nach einem langen Gesetzesänderungsprozess rütteln könnte. Von den restlichen 5 Milliarden seien rund 3,5 Lohnkosten. Diese Löhne seien eingeplant und könnten nicht einfach rückgängig gemacht werden, sagt der Parlamentarier. Heinz Siegenthaler vermutet daher, dass der Kanton heuer um ein Defizit nicht herumkomme.